Deutscher Bundestag **Drucksache 17/9257**

17. Wahlperiode 03. 04. 2012

Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss) gemäß § 62 Absatz 2 der Geschäftsordnung

a) zu dem Antrag der Abgeordneten Gustav Herzog, Uwe Beckmeyer, Doris Barnett, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/5461 –

Für einen neuen Infrastrukturkonsens – Schutz der Menschen vor Straßen- und Schienenlärm nachdrücklich verbessern

b) zu dem Antrag der Abgeordneten Gustav Herzog, Uwe Beckmeyer, Doris Barnett, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/6452 –

Bürgerinnen und Bürger dauerhaft vom Bahnlärm entlasten – Alternative Güterverkehrsstrecke zum Mittelrheintal angehen

c) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Anton Hofreiter, Winfried Hermann, Kerstin Andreae, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/4652 –

Schutz vor Bahnlärm verbessern – Veraltetes Lärmprivileg „Schienenbonus“ abschaffen

A. Problem

Zu den Buchstaben a bis c

Die Antragsteller haben Anträge eingebracht, welche Forderungen aus den Themenkreisen „Schutz vor Bahn- und Straßenlärm“ beinhalten. Die Überweisungen der Anträge auf Drucksachen 17/5461, 17/6452 und 17/4652 liegen jeweils mindestens zehn Sitzungswochen zurück, ohne dass eine Beschlussempfehlung durch den federführenden Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung er-

folgt ist. Gemäß § 62 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages können zehn Sitzungswochen nach Überweisung einer Vorlage eine Fraktion oder fünf vom Hundert der Mitglieder des Deutschen Bundestages verlangen, dass der federführende Ausschuss durch den Vorsitzenden oder Berichterstatter dem Deutschen Bundestag einen Bericht über den Stand der Beratungen erstattet. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat mit Schreiben vom 22. März 2012 an den Vorsitzenden des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung die Erstattung von Berichten über den Stand der Beratungen zu den genannten Anträgen beantragt.

B. Lösung

Zu den Buchstaben a bis c

Berichterstattung über den Stand der Beratungen zu den Anträgen auf Drucksachen 17/5461, 17/6452 und 17/4652.

C. Alternativen

Zu den Buchstaben a bis c

Keine.

Bericht des Vorsitzenden des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Dr. Anton Hofreiter

I. Verlangen der Berichterstattung nach § 62 Absatz 2 der Geschäftsordnung

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat mit Schreiben vom 22. März 2012 an den Vorsitzenden des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung die Erstattung von Berichten über den Stand der Beratungen zu den Anträgen auf **Drucksachen 17/5461, 17/6452** und **17/4652** beantragt. Die Überweisung der Anträge liegt jeweils mindestens zehn Sitzungswochen zurück, ohne dass eine Beschlussempfehlung durch den federführenden Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung erfolgt ist. Die Voraussetzungen für ein Verlangen nach § 62 Absatz 2 der Geschäftsordnung liegen daher vor.

II. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/5461** in seiner 105. Sitzung am 14. April 2011 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Gesundheit und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/6452** in seiner 120. Sitzung am 7. Juli 2011 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Gesundheit und an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen

Zu Buchstabe c

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/4652** in seiner 90. Sitzung am 10. Februar 2011 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

III. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordern soll, das nationale Verkehrslärmschutzpaket II zügig und mit Nachdruck umzusetzen und den ordnungsrechtlichen Rahmen von den Handlungssträngen Forschung und Entwicklung, Einführung wirksamer wettbewerblicher Anreizsysteme zur Internalisierung externer Lärmschutzkosten nach dem Verursacherprinzip und verstärkte Aufklärung zur Sensibilisierung der Verkehrsteilnehmer auf Schiene und Straße zu flankieren.

Zu Buchstabe b

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, im Hinblick auf das Mittelrheintal eine Machbarkeitsstudie hinsichtlich möglicher neuer Schienengüterverkehrstrassen und der Umleitung des Güterfernverkehrs über andere bestehende Bahntrassen sowie deren Ertüchtigung zu erstellen und kurz- und mittelfristig lärmmindernde Maßnahmen (z. B. die Umrüstung der Waggons auf die wesentlich leiseren K- bzw. L-Sohlen, lärmmindernde Maßnahmen an den Gleisen und am Gleisbett, Einführung lärmabhängiger Trassenpreise sowie weiterer passiver Lärmschutz) beschleunigt umzusetzen.

Zu Buchstabe c

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, den Schienenbonus abzuschaffen, auf der Grundlage aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse neue gesetzliche Regelungen und Grenzwerte für Lärmsanierung im Schienenverkehr sowie Lärmgrenzwerte für Schienenfahrzeuge zu schaffen; die DB Netz AG zu veranlassen, die bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten zu nutzen und lärmabhängige Trassenpreise einzuführen; die Regelung des § 38 Absatz 1 Satz 2 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes konsequent umzusetzen und das Lärmsanierungsprogramm des Bundes aufzustocken sowie den Fortgang der Sanierung an bestehenden Schienenwegen zu beschleunigen.

IV. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/5461 in seiner 76. Sitzung am 8. Februar 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 54. Sitzung am 11. Mai 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag in seiner 63. Sitzung am 8. Februar 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 64. Sitzung am 8. Februar 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen

SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Rechtsausschuss** und der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** haben bislang noch keine Stellungnahme abgegebenen.

Zu Buchstabe b

Der **Haushaltsausschuss** hat bislang noch keine Stellungnahme abgegebenen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 17/6452 in seiner 60. Sitzung am 8. Februar 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag in seiner 48. Sitzung am 21. September 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 51. Sitzung am 21. September 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe c

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 17/4652 in seiner 35. Sitzung am 16. März 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.

V. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat die Beratung des Antrags auf Drucksache 17/4652 in seiner 32. Sitzung am 16. März 2011 und in seiner 37. Sitzung am 13. April 2011 vertagt. In seiner 40. Sitzung am 21. Mai 2011 hat er zu den Anträgen auf Drucksachen 17/5461 und 17/4652 die Durchführung einer öffentlichen Anhörung beschlossen.

Die Beratung des Antrags auf Drucksache 17/6452 hat er in seiner 49. Sitzung am 21. September 2011, in seiner 54. Sitzung am 26. Oktober 2011 und in seiner 55. Sitzung am 9. November 2011 vertagt.

Darüber hinaus hat der Petitionsausschuss den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung mit Schreiben vom 19. September 2011 unter Bezugnahme auf den Antrag auf Drucksache 17/6452 gemäß § 109 Absatz 1 Satz 2 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages um eine Stellungnahme zu einer öffentlichen Petition zum Lärmschutz an Schienenwegen gebeten (Ausschussdrucksache 17(15)268).

Die öffentliche Anhörung zu den Anträgen auf Drucksachen 17/4652 und 17/5461 hat der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in seiner 59. Sitzung am 14. Dezember 2011 durchgeführt. Bei der Anhörung wurden als Sachverständige Dr. Robert Attinger vom Bundesamt für Verkehr (BAV) der schweizerischen Eidgenossenschaft, Dr. Roland Diehl, der Sprecher der IG BOHR, Dr. Wolfram Bartolomaeus von der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt), Prof. Dr. Rainer Guski von der Ruhr-Universität Bochum, Prof. Dr.-Ing. Markus Hecht von der Technischen Universität Berlin, Michael Jäckers-Cüppers vom Arbeitsring Lärm der DEGA, Ulrich Möhler von der Möhler + Partner Ingenieure AG und Christian Popp von der LÄRMKONTOR GmbH gehört. Wegen des Ergebnisses der öffentlichen Anhörung wird auf das Wortprotokoll der 59. Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung verwiesen.

Der Ausschuss hat die Beratung der Anträge auf Drucksachen 17/5461, 17/6452 und 17/4652 in seiner 64. Sitzung am 8. Februar 2011 vertagt. In seiner 67. Sitzung am 7. März 2012 hat er diese Anträge beraten, die Beratung aber noch nicht abgeschlossen.

Im Obleutegespräch des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung am 28. März 2012 wurde übereinstimmend festgestellt, dass eine Aufsetzung der Vorlagen zur abschließenden Beratung derzeit am Einspruch der Fraktionen der CDU/CSU und FDP scheitert, da die Abstimmung zwischen den Koalitionsfraktionen noch nicht abgeschlossen ist.

Berlin, den 29. März 2012

Dr. Anton Hofreiter
Vorsitzender

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333